



Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 16 / 398

Landeshauptstadt Kiel Postfach 1152, 24099 Kiel

Der Stadtpräsident

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düstembrooker Weg 64

24105 Kiel

18.11.2005 08:20
Expl.: Anl.: 1
LP L L1 L2 L3

Datum: 18.11.2005

Telefon (0431) 901-3000
Telefax (0431) 901-63046

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Anlage übersende ich Ihnen die von der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel am 17.11.2005 einstimmig verabschiedete Resolution zur Förderung der Migrationssozialberatung, die sich an die Landesregierung und den Landtag richtet.

Ich möchte Sie bitten, die Forderungen der Resolution bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen


Rainer Tschorn

Rainer Tschorn

*einstimmig
beschlossen*

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		1195/2005 öffentlich 09.11.2005
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 17.11.2005	Ratsversammlung	Ratsfrau Pries, CDU-Fraktion, Ratsherr Lintzen, CDU-Fraktion, Ratsherr Schulz, SPD-Fraktion, Ratsherr Wehner, SPD-Fraktion, Ratsherr Oschmann, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Rosin, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Betreff: Resolution: Bisherige finanzielle Förderung der Migrationssozialberatung beibehalten!		

Dringlichkeitsantrag:

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel appelliert an die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und an den Schleswig-Holsteinischen Landtag die Haushaltsmittel für die Migrationssozialberatung in Schleswig-Holstein in ihrer bisherigen Form und Höhe auch für das Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die Mittelübertragung für "Deutsch-Sprachkurse" (Titel 0407 684 02 246) und "Allgemeine und soziale Integrationsmaßnahmen" (Titel 0407 684 03 246) aus dem Haushaltsansatz 2005 entfallen im Haushaltsansatz 2006.

Somit würden die Mittel für die Migrationssozialberatung in 2006 faktisch um 900.000 Euro reduziert. Gut ein Drittel der Beratungsstellen müssten dadurch geschlossen werden und notwendige, anhängige Integrationsmaßnahmen könnten nicht durchgeführt werden. Das hätte fatale Konsequenzen für die Integrationsarbeit landesweit.

Gez. Ratsfrau Michaela Pries
Ratsherr Sönke Lintzen

f.d.R.

Gez. Ratsherr Wolfgang Schulz
Ratsherr Thomas Wehner

f.d.R.

Gez. Ratsherr Lutz Oschmann
Ratsfrau Regina Rosin

f.d.R.